

DURCH DEN MONAT MIT NICOLAS GALLADÉ (TEIL 4)

# «Ist Winterthur eine Stadt der Extreme?»

Neonazis und Dschihadisten: Winterthur landete wiederholt negativ in den Schlagzeilen. Als Sozialvorsteher ist Nicolas Galladé für die städtische Extremismusprävention verantwortlich.

VON RAPHAEL ALBISSER (INTERVIEW) UND URSULA HÄNE (FOTO)



«Wir kamen zum Schluss, dass es eine Fachstelle für Extremismus braucht»: Nicolas Galladé.

WOZ: Herr Galladé, war für Sie immer klar, dass Sie in der Kommunalpolitik Karriere machen wollen?

Nicolas Galladé: Nun, der Begriff «Karriere» war bei mir schon immer negativ behaftet. Und bis heute betrachte ich meinen beruflichen Werdegang nicht als das. Es ergab sich damals halt die Gelegenheit, zu kandidieren. Als ich bei der SP Schweiz arbeitete, hatte ich zwar auch Einblick in die Wandelhalle des Bundeshauses, das fand ich spannend. Aber die Lokalpolitik lag mir letztlich immer am nächsten.

Und Winterthur ist ja auch eine spezielle Stadt.

Es ist halt meine Stadt. Aber ob sie spezieller als andere ist? Der Vorteil hier ist sicher, dass wir eine gewisse Grösse haben, aber trotzdem eine ziemliche Nähe zueinander. Man kennt sich, ist in vielen politischen Fragen aufeinander angewiesen und arbeitet zusammen.

Die Herausforderungen sind gerade in Ihrem Departement hoch, mit 5,5 Prozent hat Winterthur eine relativ hohe Sozialhilfequote. Warum?

Das hat vor allem soziodemografische Gründe. Es gibt Faktoren, die das Risiko erhöhen, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Ein niedriges Ausbildungslevel gehört dazu. Und leider ist es in der Schweiz das Armutsrisiko Nummer eins, Kinder zu haben. Aber auch die Geschichte der Stadt spielt eine wesentliche Rolle: Hier sind viele Arbeitsplätze in der Industrie wegrationalisiert oder wegtechnologisiert worden. Zudem ist Winterthur eine Art Zwischending: Zwar tragen wir regionale Zentrumslasten, haben aber praktisch keine eigene Agglomeration. Vielmehr gehören wir fast schon zur Agglomeration von Zürich.

Ist Winterthur auch eine Stadt der Extreme? Gerade letzte Woche waren die hiesigen Dschihadisten wieder in den Schlagzeilen.

Ich will das überhaupt nicht bagatelisieren, Winterthur war einer der Hotspots des Dschihadismus in der Schweiz. Und ist es vielleicht immer noch. Aber es gibt etwa ein halbes Dutzend Städte, auf die das zutrifft. Winterthur geriet erstmals deswegen in die Schlagzeilen, als 2014 ein Teenagergeschwisterpaar von hier aus in den Dschihad reiste.

Was haben Sie seither unternommen?

Um ehrlich zu sein: Wir waren zunächst ziemlich überfordert. Wir mussten uns fragen, was wir als Stadt überhaupt machen können. Wir kamen zum Schluss, dass es eine Fachstelle für Extremismus braucht und dass diese bei der Prävention und der Suchthilfe anzugliedern ist, die zu den sozialen Diensten in meinem Departement gehören.

Wie funktioniert diese Fachstelle?

Man kann sich dorthin wenden, wenn man beispielsweise im familiären, schuli-

schen oder beruflichen Umfeld bei jemandem extremistische Tendenzen wahrnimmt. Wir stellen sicher, dass das anonym behandelt wird. Dann wird eine Einschätzung vorgenommen. Gerade bei Jugendlichen passiert es, dass sie irgendwann zwischen Stuhl und Bank fallen, irgendwo Akzeptanz suchen, Grenzen ausloten. Nur in den allerseltensten Fällen befindet man, dass die Polizei informiert werden muss.

In den letzten Jahren waren wiederholt auch Neonazis aus Winterthur in den Medien. Betrachten Sie den Rechtsextremismus durch dieselbe Linse wie den Islamismus?

Ja, aus fachlicher und professioneller Optik schon. Und aus dieser messe ich auch mit derselben Elle. Extremismus kann uns in ganz unterschiedlichen Gewändern begegnen; manchmal hat das eine Konjunktur, manchmal das andere. Und manchmal ist es austauschbar. Wichtig ist, dass wir eine Anlaufstelle bieten.

Ausgerechnet die Fankurve des FC Winterthur hat einmal gegen Sie protestiert, weil Sie im Vorwort einer Extremismusbroschüre die Antifa in einem Atemzug mit Rechtsextremen und Islamisten genannt hatten. Wie kam es dazu?

Da wurde etwas viel zwischen die Zeilen reininterpretiert. Es ging in dem Text um ganz reale Fragen, die sich im gesellschaftlichen Alltag stellen: Wie gehe ich damit um, wenn jemand extremistische Parolen in irgendeiner Form äussert? Es gibt ein grosses Spannungsfeld zwischen totalem Vernachlässigen und Überreagieren. Und ich habe die Beispiele sehr bewusst gewählt, von rechts bis links, von christlich- bis islamisch-fundamentalistisch. Nichts davon ist automatisch ein Extremismusfall. Grundsätzlich herrscht schliesslich Meinungsfreiheit, die roten Linien gibt einzig der Rechtsstaat vor.

Rechtsextremismus und religiöser Fundamentalismus müssen aber nicht zwingend rote Linien überschreiten, um andere Menschen in ihrer Freiheit zu beschränken.

Einverstanden. Und ich sage natürlich nicht, dass ich ideologisch alles einfach gleichstelle. Bloss spielt es keine Rolle, was ich persönlich sympathisch finde oder nicht. Denn alle Formen des Extremismus haben das Potenzial, für andere Menschen einschränkend zu wirken. Entsprechend wichtig ist es, das anzusprechen – und klarzumachen, dass der Rechtsstaat die Grenzen vorgibt, aber auch die Zivilgesellschaft eine wichtige Funktion hat.

Jede Stadt habe ihre Bevölkerung, zu der sie stehen solle, findet Nicolas Galladé (47). Als Exekutivpolitiker fühle er sich noch immer als ganz normaler Winterthurer, auch wenn er heute nicht mehr bei Rot über die Kreuzung gehe.